Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 6. Januar 1888. Nr. 9.

Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Zwei deutsche Bundesfürsten begehen in diesem Jahre das Fest des siebenzigsten Geburtstages: der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, dessen Denkwürdigkeiten gerade jetzt ein so hohes geschichtliches und literarisches Interesse erwecken, blickt am 21. Juni auf siebenzig Jahre seines Lebens zurück; Herzog Ernst II. regiert seit dem 29. Januar 1844. — Drei Tage später feiert der Großherzog von Sachsen-Weimar, der Bruder der Kaiserin und Enkel von Karl August, das gleiche Fest; in der Regierung folgte Karl Alexander am 8. Juli 1853 seinem Vater Karl Friedrich. Der König von Sachsen begeht im April d. J. die Feier des 60. Geburtstages.

— Aus London schreibt man der „W. Allg. Z.":

„Königin Viktoria hat der Gemahlin des Dr. Mackenzie einen großen Shawl mit goldenen Palmen zum Geschenk gemacht, der einen enormen Werth repräsentirt. Die Königin legte der Gabe ein Schreiben bei, in dem sie sagt: „Die Dienste, welche Ihr Gemahl meinem Schwiegersohne, dem deutschen Kronprinzen, leistete, reißen ihn häufig von Ihrer Seite; um Ihnen zu beweisen, wie sehr ich dieses uns gebrachte Opfer anerkenne, schicke ich Ihnen dieses Zeichen meiner Huld."

— Ueber die elsaß-lothringischen Reichstags-Abgeordneten enthält das „Frankf. Journ." folgende Meldung aus Straßburg:

Der Metzer Reichstags-Abgeordnete Antoine hat sich Weihnachten von Marseille nach Algier eingeschifft; auch der Mülhauser Reichsbote Lalance bleibt aus Furcht vor Verhaftung im Auslande, wiewohl die strafrechtliche Verfolgung wegen Beleidigung der Regierung durch seinen Wahlaufruf erst nach Schluß der Reichstags-Session gegen ihn wieder aufgenommen werden kann. Der Kolmarer Vertreter, Fabrikdirektor Grad, hat sich am 26. Dezember zu seinem, derzeit in Paris weilenden Geschäftsherrn A. Herzog begeben; die Meldung der „Mülh. Ztg.", daß er vom Reichstage aus einen wissenschaftlichen Abstecher nach Moskau machen wolle, bedarf noch der Bestätigung. Der Vertreter unserer Landeshauptstadt, Petri, wird sich schon zu den ersten Reichstags-Sitzungen einfinden, übrigens mit Grad, Jaunez und Winterer zu den Mitte Januar beginnenden Landesausschuß-Sitzungen häufiger hierher zurückkehren müssen.

— In militärischen Kreisen, namentlich unter den Offizieren des Beurlaubtenstandes, wird die Frage vielfach besprochen, welche Wirkung das neue Gesetz über die Wehrpflicht für jene bereits verabschiedeten Offiziere der Reserve und der Landwehr haben werde, die, nach dem 1. Januar 1850 geboren, ihrem Alter entsprechend zu dem zweiten Aufgebot der Landwehr (bis zum 39. Lebensjahre) gehören würden. Der Gesetzentwurf berücksichtigt sie nicht und bestimmt nur, daß die nach jenem Zeitpunkt geborenen, bereits zum Landsturm übergetretenen Mannschaften sich von Neuem zum zweiten Aufgebot der Landwehr bei den zuständigen Landwehr-Kompagnien anmelden sollen. Man verweist einerseits darauf, daß, wenn jene Offiziere nicht wieder herangezogen werden, eine Ungleichheit in der Wehrpflicht zwischen ihnen und den gleichalterigen Mannschaften, sowie denjenigen Offizieren entstehe, welche freiwillig nach erfüllter Dienstpflicht bei der Reserve bezw. Landwehr geblieben sind; denn diese letzteren Offiziere werden doch wohl nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes bis zu ihrem 39. Jahre verpflichtet bleiben bezw. werden. Jedoch wird damit, wie eine von offiziöser Seite ausgehende Darstellung zu bedenken giebt, zum Theil der Charakter des vom König selbst ertheilten Abschiedes verkannt. Die Verabschiedung bleibe eine definitive, es sei denn, daß der König selbst den Wiedereintritt auf Nachsuchen bewillige. Es liege denn auch nicht in der Absicht, auf die bereits verabschiedeten Offiziere zurückzugreifen; hinsichtlich derjenigen bei der Armee verbliebenen Offiziere, welche ihrem Alter nach zum zweiten Aufgebote der Landwehr gehören, würden voraussichtlich königliche Ausführungsverordnungen das Nähere bestimmen.

— Wird durch die Verschärfung des Sozialistengesetzes die Expatriirung für die sozialistischen Reichstagsabgeordneten eingeführt, dann, so erklärt der Züricher „Sozialdemokrat", werden die Sozialisten aufhören zu wählen. Die Führer, welche außer Landes getrieben werden, könnten alsdann nicht mehr die Verantwortlichkeit für den Gang der Bewegung in Deutschland übernehmen und müßten die Verantwortung für Alles, was kommt, den Urhebern des Sozialistengesetzes überlassen. Einstweilen ist diese Eventualität nicht in Aussicht zu nehmen, da die Expatriirung im Reichstage doch wohl auf Annahme nicht zu rechnen hat.

— Wie man der „Pol. Korr." aus St. Petersburg meldet, geht aus den russischen staatsfinanziellen Ausweisen der ersten neun Monate des abgelaufenen Jahres hervor, daß die Ausgaben in diesem Zeitabschnitte die Einnahmen um 17 Millionen überstiegen. In der Branntwein- und Zuckersteuer wurden Mehreinnahmen erzielt, dagegen ergaben die Einnahmen aus den direkten Steuern einen Ausfall von 12 Millionen gegen die gleiche Periode des Jahres 1886, und die Zolleinnahmen einen Ausfall von 11½ Millionen.

Die fortifikatorischen Arbeiten in den westlichen Gouvernements werden mit großem Aufgebote an Kräften eifrig fortgesetzt. Nachdem die Befestigungen bei Kowno, was die Erdarbeiten anbelangt, im abgelaufenen Jahre der Hauptsache nach zu Ende geführt worden sind, wird nunmehr der Bau von Außenwerken und Kasernen in Angriff genommen werden. In Iwangrod (Lubliner Gouvernement), dessen seit jeher starke Befestigungen im Laufe des vorigen Jahres ansehnlich ergänzt und ausgestaltet wurden, arbeitet man an der Aufstellung der Geschütze, welche aus dem Inneren Rußlands herbeigeschafft wurden, so daß die Festung in nicht mehr ferner Zeit in den Stand vollständiger Widerstandsfähigkeit gebracht sein wird.

Die Eisenfabriken in Warschau sind immer noch mit der Effektuirung der letzthin erhaltenen, verschiedenartige Artikel für den Armee- und Festungsbedarf umfassenden Bestellungen vollauf beschäftigt.

— Betreffs des Gesetzentwurfes über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung wird offiziös geschrieben:

„Die dem Reichsamt des Innern obliegende Aufgabe, an der Hand der Grundzüge einen formulirten Gesetzentwurf nebst Begründung auszuarbeiten, ist eine umfangreiche und erfordert selbst bei dem Vorhandensein eingehender Vorarbeiten eine erhebliche Zeit. Es kommt hinzu, daß in den Berathungen des Volkswirthschaftsrathes, wie in den Gutachten anderer Interessenten und mehr oder weniger sachverständiger Kreise gegen eine Reihe von Punkten in den Grundzügen mit sachlichen Gründen unterstützte Erinnerungen gezogen sind. Inwieweit diese Erinnerungen Berücksichtigung finden werden und können, mag dahingestellt sein. Jedenfalls aber erfordern sie eine genaue Abwägung des Für und Wider, welche ohne Beeinträchtigung der Gründlichkeit nicht im Handumdrehen erledigt werden kann. Daß etwaige wichtige Abweichungen von den Grundzügen einen Mehrbedarf an Zeit in sich schließen würden, ist selbstverständlich; aber selbst wenn solche nicht beschlossen werden sollten, wird die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs selbst bei denkbarster Beschleunigung noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Es besteht begründete Hoffnung, daß die Vorlegung an den Bundesrath Ende des Monats sich wird ermöglichen lassen.

— Die Annahme, daß der Gesetzentwurf betreffend die Alters- und Invaliden-Versicherung bereits in den nächsten Tagen den Bundesrath beschäftigen werde, ist nicht zutreffend; doch wird offiziös versichert, daß dies gegen Ende des Monats sich wird ermöglichen lassen. Von der Berathung des Bundesrathes würde es dann abhängen, wann der Gesetzentwurf dem Reichstage zugehen könne.

— Der Kongreß der Vereinigten Staaten ist wieder mit der Einwandererfrage beschäftigt. Die in beiden Häusern eingebrachten verschiedenen Gesetzesvorschläge bezwecken eine Verschärfung der bestehenden Bestimmungen über die Kontrolle der Einwanderung. Dieselben zielen theils darauf ab, die Gestattung der Einwanderung von einem den Betreffenden hierzu autorisirenden Zeugniß des zuständigen amerikanischen Konsuls abhängig zu machen, theils bezwecken sie die Herbeiführung einer einheitlichen Praxis seitens der Einwanderungskommissare auf dem Wege, daß diese bisher von den Einzelstaaten angestellten Beamten fortan von dem Schatzsekretär angestellt werden, mithin die ausschließliche Kontrolle der Einwanderung an die Bundesgewalt gelangt. Auch wird empfohlen, daß Einwanderer, bezüglich deren nach erfolgter Landung innerhalb einer bestimmten Frist ermittelt werde, daß sie zu einer der Kategorien gehören, denen die Landung nicht gestattet ist, durch den Kapitän oder Eigenthümer des Schiffes, welches sie befördert hat, oder auf deren Kosten wieder fortgeschafft und der Kapitän oder Eigenthümer des Schiffes, falls sie dieser Verpflichtung nicht nachkommen, mit Geldstrafen belegt werden möchten. Es gilt in unterrichteten Kreisen als sicher, daß die Angelegenheit noch während der gegenwärtigen Sitzung des Kongresses eine Regelung im Wege der Gesetzgebung erfahren wird.

Königsberg i. Pr., 2. Januar. Bei den eben beendeten Wahlen zum ostpreußischen Provinzial-Landtage haben die Konservativen eine sehr erhebliche Verstärkung erhalten. Mit dem neuen Jahre sind die Fortschrittsliberalen nur 30 Köpfe stark gegen 75 Mandate der Konservativen. Im Landtage der Ostprovinz war bisher das Stimmenverhältniß in den letzten beiden Sitzungsperioden ein anderes. Der Unterschied beider Parteien betrug nur ein bis zwei Mandate zu Gunsten der Konservativen; dagegen sind die vorjährigen Wahlen in den großen landwirthschaftlichen Körperschaften und Vereinen meistens zu Gunsten des Fortschritts ausgefallen.

Ausland.

Wien, 2. Januar. Die unsichere politische Lage wird wohl am besten durch das Telegramm gekennzeichnet, welches Kaiser Franz Josef an Kaiser Wilhelm zum Neujahrstage in üblicher Weise abgesandt hat. In demselben befindet sich die folgende Stelle: „Möge Gott geben, daß die verworrene politische Situation sich baldigst kläre, damit unsere Völker beruhigt werden und die Segnungen des Friedens erhalten bleiben." Die öffentliche Meinung wurde heute durch die Neujahrsrede Tiszas, von welcher hier zuerst ein theilweise falscher, mehr kriegerischer Text bekannt wurde, und durch die Nachricht beschäftigt, daß die „Reservisten derjenigen Truppenkörper, welche mit dem Repetirgewehr ausgerüstet werden, zu einer je siebentägigen Waffenübung einberufen werden." Die Versendung dieser Nachricht durch das Korrespondenz-Bureau galt im Publikum als Antwort auf die öffentliche russische Ankündigung der Bildung neuer Reserve-Bataillone und als Verschärfung sah man den Zusatz an: „An dieser Waffenübung werden natürlich auch alle Reserve-Offiziere der betreffenden Truppen theilzunehmen haben." Heute Mittag wurde bekannt, daß Herr v. Tisza nicht gesagt hat, wie amtlich telegraphirt worden war: „Ich meinerseits schließe mich jenen an, welche die Gefahr des Krieges als vor uns stehend betrachten", sondern im Gegentheil: „Ich gehöre nicht zu denjenigen, die an einen Krieg glauben". Nachdem die in Folge dieses seltsamen Mißverständnisses tief gefallenen Kourse wieder etwas in die Höhe gekommen waren, sah man auch die Einberufung der Reservisten weniger pessimistisch an. An und für sich sind die kurzen Waffenübungen, die am 22. Januar beim 10. Korps (Mähren-Schlesien) beginnen, nicht bedrohlicher Art; Zeit und Umstände geben denselben indeß eine gewisse Bedeutung. Zunächst kann es sich übrigens wohl nur um das eine Armeekorps handeln, für welches die Mannlicher Gewehre von großem Kaliber bestimmt und vollendet sind.

Wien, 3. Januar. In Belgrad ist dem Könige Milan das merkwürdige Kunststück gelungen, ein russisches Ministerium mit einem österreichischen Minister des Aeußern zusammen zu spannen. Dem Plane des Herrn Garaschanin gemäß soll das Land die Radikalen am Werke sehen, ohne daß die äußere Politik Serbiens darunter Schaden leidet. Herr Garaschanin denkt sich vermuthlich, daß sich auch die Radikalen bald abnutzen werden wie die Liberalen und dann das Spiel von neuem mit der Fortschrittspartei beginnen kann. Nicht unbedenklich mag hierbei jedoch erscheinen, daß der neue Ministerpräsident, Oberst Sava Gruitsch, der als russisch-radikal gilt, im Kriegsministerium und im Ministerium des Innern, welches er seinem Schwager Milosavljevitsch (bisher Handelsminister) anvertraut hat, die gesammte Militär- und Polizeimacht in Händen hält. Man darf hoffen, daß der König sich auf seine Armee-Kommandanten im Nothfall auch gegen seinen Kriegsminister verlassen kann, wie er im Ministerium selbst in Oberst Franassowitsch ein Gegengewicht gegen den Obersten Gruitsch besitzt. Oberst Franassowitsch, ein Mann von etwa 50 Jahren, stammt aus einer dalmatinischen, österreichisch gesinnten Familie, der zugleich die serbische Dynastie durch doppelte Bande der Dankbarkeit sehr hoch verpflichtet ist. Der Vater des Franassowitsch rettete Milosch Obrenowitsch I., als die Wellen der Revolution hoch über dem Konak in Belgrad zusammenschlugen, bei Nacht und Nebel mit eigener Lebensgefahr über die Donau nach Semlin. Oberst Franassowitsch selber aber war es, der 1882 bei dem Anschlag der Wittwe des wegen Hochverraths erschossenen Obersten Markowitsch die Richtung der zweiten Kugel von König Milan ablenkte. Damals umarmte ihn der König und sagte: „Als König, als Serbe und als Mensch werde ich Ihnen dies nie vergessen." Zu Ende des serbisch-bulgarischen Krieges, als der Kriegsminister Petrowitsch wegen Unfähigkeit plötzlich entlassen wurde, übernahm Franassowitsch für kurze Zeit das Kriegsministerium, welches er jedoch bald mit dem Ministerium des Aeußern vertauschte. Als Minister des Aeußern (Mai 1885 bis Juni 1887) unter Garaschanin stellte er bessere Beziehungen zu Bulgarien her und pflog nach außen zu Oesterreich, nach innen zur Fortschrittspartei freundlichste Beziehungen. Ein Bruder des Ministers ist Beamter der Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft, welcher auch der Vater längere Zeit hindurch angehörte. Der neue Handelsminister Stefan Popowitsch, genannt Cerny (der Schwarze), ist ein Mann von etwa 55 Jahren; bisher Sektionschef im Handelsministerium, gilt er als neutraler Beamter und als ehrlicher Mann. Er war im vorigen Winter (1886—1887) in Wien als Kommissar der hier von der Königin Natalie im österreichischen Museum veranstalteten Ausstellung der serbischen Hausindustrie. Das Bleibende im Wechsel bildet der radikale Finanzminister Dr. Vuitsch, welcher die Anleihe, das Budgetgesetz und die Steuerreform, die er als Mitglied des Kabinets Ristitsch einbrachte, nunmehr mit dem Ministerium Gruitsch bei der Skupschtina durchzusetzen haben wird. Als hartgesottener russisch-radikaler Parteimann gilt der neue Handelsminister, Professor Gerschitsch. Er stammt aus Ungarisch-Serbien (Neusatz) und war früher Vertrauensmann und Redakteur des antimagyarischen Agitators Miletisch. Seit etwa 20 Jahren wirkt er als Professor und Politiker in Serbien, war jedoch bisher nie im praktischen Staatsdienst. Als Mitglied des radikalen Zentralausschusses wurde er nach dem 83er Aufstande zum Tode verurtheilt, aber begnadigt und später von Garaschanin als Professor der Belgrader Hochschule wieder eingesetzt. Zuletzt unter Ristitsch war er Krondeputirter und Mitglied des radikalen Klubausschusses, als welcher er übrigens Ristitsch in der Frage der bulgarischen Eisenbahnübereinkunft lebhaft und geschickt unterstützte.

Paris, 4. Januar. Kontre-Admiral Gervais hat das Portefeuille des Marineministeriums angenommen.

Paris, 3. Januar. Am 5. Januar sind die Senatorenwahlen, und die Pariser Presse ist eifrig mit Vorbemerkungen und Hoffnungen je nach dem Parteistandpunkte mit diesem „Vorspiele und Versuche" für die allgemeinen Wahlen beschäftigt. Die Opportunisten erwarten, daß die Wahlen Front nicht bloß gegen die Royalisten, sondern auch gegen die Radikalen und Intransigenten machen werden: „Thun die Wähler nicht ihre Pflicht", setzt „Siecle" drohend hinzu, „so wird die Regierung zu überlegen haben, was ihr die Pflicht gebietet." Und „Paix": „Die Senatorenwahlen sollen beweisen, daß die Bemühungen der Royalisten, die Republik vor Europa schlecht zu machen, Lügen sind." Beachtenswerth ist das Manöver der Fortschrittler und Patrioten, die Wähler durch Bismarcks „Bosheiten" zu erschrecken.

So die „France": „Bismarck hat, wie bekannt, die Lüge auf die Höhe einer Staatseinrichtung erhoben; aber noch nicht bekannt war, daß Bismarck den politischen Mord auf die Höhe eines Prinzips erhebt." Auch andere radikale und sozialdemokratische Blätter von Paris folgen im Eifer der Spionenriecherei blindlings den Eingebungen der verbündeten französischen Patrioten und Intransigenten, und namentlich der Anarchisten und Nihilisten, die von der Schweiz aus Europa in Flammen zu setzen sich bemühen. Nicht minder wird aus Belgien in Hetzartikeln gearbeitet. Die Länder mit verbürgter Neutralität scheinen ganz vergessen zu haben, daß diese Neutralität nicht dazu da ist, Horden von politischen Wühlern zum Neste zu dienen, um von dort aus Brandfackeln ins Ausland zu werfen. Die Niederträchtigkeiten gegen den deutschen Reichskanzler werden als Niederträchtigkeiten gegen das deutsche Volk empfunden, und alles hat seine Grenze, auch die Geduld deutscher Herzen. Mag es zum besonderen Vorrechte der Republikaner gehören, ihr Staatsoberhaupt wie den niedrigsten Lump und ihre Staatseinrichtungen wie die Ausgeburt von Eseln und Affen zu behandeln: das Ausland hat, sollte man nicht vergessen, andere Gefühle und Ueberlieferungen, die nicht täglich ungestraft verletzt werden dürfen. Wenn Carnot Friedfertigkeit nicht bloß im Munde führt, so wird er dem Grevy'schen Ideal der ungebundenen Mißhandlung der ausländischen Regierungen und hervorragenden Persönlichkeiten ein Ende machen und die Kammer veranlassen, ihr unheilschweres Preßgesetz zu verbessern. Auch die Behandlung des Staatsoberhauptes in Frankreich ist seit dem Feldzuge der Rothen gegen Grevy gänzlich nicht bloß unpassend und rücksichtslos, sondern cynisch und brutal geworden; auch das kann unmöglich zum Frieden der Republik dienen. Man läßt seit fast zehn Jahren in Frankreich Krieg mit Deutschland und Bürgerkrieg predigen: wird man denn nie einsehen, daß es Frevel ist, das eine wie das andere durch Demagogenstreiche herbeizuführen, und daß es doppelter Frevel ist, auf beides zugleich hinzuarbeiten? Jetzt, wo ein anständiger Mann im Elysee wohnt, der von Hebung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt spricht, ist es an der Zeit, auch dieser Verrohung und Gemeinheit wenigstens das Vorrecht der Ungestraftheit zu nehmen.

Die Senatorenwahlen des 5. Januar finden in 31 Departements statt; 82 Senatorensitze sind neu zu besetzen.

Paris, 3. Januar. Im heutigen Ministerrath wurde das Budget für 1888 berathen und beschlossen, daß Tirard am nächsten Montag oder Dienstag dem Budgetausschuß, der am Freitag wieder zusammentritt, seine Vorschläge machen soll. Wie schon früher bemerkt, erstrecken sich dieselben nur auf einige Abänderungen des Rouvier'schen Entwurfs. Auf ausdrücklichen Wunsch Carnots wird Wiederherstellung des Kredits von 100,000 Franks für die Missionen des Kardinals Lavigerie in Afrika beantragt werden, ob mit mehr Aussicht auf Erfolg als in früheren Jahren, muß die Zukunft ergeben. Beim Einnahmebudget wird Tirard ebenfalls Veränderungen vornehmen, sich jedoch unter anderm mit den Anträgen des Ausschusses über die Reform der Gesetzgebung für den Wein und den Alkohol einverstanden erklären. — Die französische Regierung unterstützt bekanntlich seit langen Jahren die in Frankreich sich aufhaltenden polnischen und sonstigen Flüchtlinge. Schon in den letzten Jahren wurden die für diesen Zweck im Budget ausgeworfenen Summen erheblich beschnitten, und heute scheint die Neigung, die Feinde des vielgeliebten Rußlands noch weiter zu unterstützen, naturgemäß geringer zu sein denn je. Der Direktor der allgemeinen Sicherheit hat daher an die Präfekten ein Rundschreiben erlassen, in dem er genaue Listen der bisher unterstützten Flüchtlinge verlangt und einschärft, daß nur solche monatliche Unterstützung erhalten sollen, die über 60 Jahre alt sind und keine Verwandte haben, die sich ihrer annehmen können. Ausnahmen sind nur dann zu machen, wenn zweifellos nachgewiesen wird, daß die Leute durchaus erwerbsunfähig sind.

London, 3. Januar. Die Marinebehörden in Portsmouth Dockyard haben soeben ihre Instruktionen empfangen für die Bildung des Evolutionsgeschwaders im neuen Jahre. Der Zweck ist ein Mobilisationsversuch. So viele neue Schiffe als möglich sollen dazu herangezogen und armirt werden. Es soll ein großes Geschwader werden und sind Pensionäre aufgefordert, mit einzutreten, besonders zur Bemannung der Hafenschiffe.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 6. Januar. Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung wurde von Herrn Oberforstmeister a. D. Gumtau als Alterspräsidenten eröffnet und begann mit der Wahl des Bureaus. Bei der Wahl des Vorsitzenden erhielt Herr Dr. Scharlau von 48 abgegebenen Stimmen 47, 1 Stimme fiel auf Herrn Kommerzienrath Wächter. Bei der Wahl des stellvertretenden Vorstehers erhielt Herr Kommerzienrath Wächter von 50 abgegebenen Stimmen 43, 4 Stimmen fielen auf Herrn Hofrichter, 3 Zettel blieben unbeschrieben. Bei der Wahl des Schriftführers wurden 52 Stimmen abgegeben, davon erhielt Herr Kreich 50, 1 Stimme erhielt Herr Aron, 1 Zettel war unbeschrieben. Bei der Wahl des stellvertretenden Schriftführers wurden 53 Stimmen abgegeben, davon erhielt Herr Aron 30, 20 Stimmen erhielt Herr Hofrichter, 1 Herr Decker, 2 Zettel blieben unbeschrieben. Das bisherige Bureau, bestehend aus den Herren Dr. Scharlau, Wächter, Kreich und Aron, ist daher wiedergewählt.

Nach der Wahl folgte die Einführung des Herrn Dr. Rühl als Mitglied der Versammlung.

Sodann theilte Herr Dr. Scharlau mit, daß er im Einverständniß mit Herrn Oberbürgermeister Haken folgendes Telegramm am Neujahrstage an Se. kais. und königl. Hoheit den Kronprinzen nach San Remo gesandt habe:

„Unserem Statthalter von Pommern, unserem vielgeliebten Kronprinzen, wagen auch wir mit tiefbewegtem Herzen unsere allerunterthänigsten Neujahrswünsche auszusprechen. Das neue Jahr bringe Ew. kaiserl. und königl. Hoheit die heiß erflehte Genesung und glückliche Heimkehr zu uns zum Segen des Vaterlandes.

Magistrat und Stadtverordnete Stettins.
Haken, Oberbürgermeister.
Dr. Scharlau, Stadtverordneten-Vorsteher."

Die Versammlung gab unter lebhaftem Beifall die nachträgliche Zustimmung zu der Absendung des Telegramms.

Den wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung bildete, wie in voriger Sitzung, die Verpachtung eines Lagerhofes an die deutsch-russische Naphta-Import-Gesellschaft. Wir haben bei unserem Bericht über die Sitzung vom 15. Dezember v. J. eingehend die beabsichtigte Anlage des Unternehmens, wie die bisher geführten Verhandlungen besprochen und können daher heute in dieser Beziehung auf jenen Bericht hinweisen. Die Vorlage des Magistrats ging dahin, einen Vertrag mit der deutsch-russischen Naphta Import-Gesellschaft in Berlin zu genehmigen, nach welchem dieser Gesellschaft ein ca. 411 Ar großes, am Dunzig dicht hinter dem Fock'schen Petroleumhofe belegenes Wiesengrundstück auf 25 Jahre gegen 3000 M. jährliche Miethe zu überlassen, um auf demselben eine Niederlage von russischem Petroleum anzulegen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Vorlage zur weiteren Vorbereitung einer Kommission von 7 Mitgliedern zu überweisen und wurden in diese Kommission die Herren Aron, Domcke, Hofrichter, Holberg, F. Lenz, Dr. Scharlau und Wendlandt gewählt. Einer Anregung in der Versammlung folgend, wurde ein Gutachten der Vorsteher der Kaufmannschaft über die etwaigen Vortheile oder Nachtheile einer solchen Anlage für den Stettiner Handel eingeholt und schon unter dem 16. Dezember v. J. erklärten die Vorsteher der Kaufmannschaft einstimmig, daß die Anlage des projektirten Petroleumhofes durchaus den Interessen des hiesigen Handels entspreche. — Auf Grund dieses Gutachtens und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das in der Nähe belegene, an Herrn Fock verpachtete Terrain eine bedeutend niedrigere Pacht bringe, als von der Naphta Gesellschaft geboten werde, wie auch das an Herrn Fock verkaufte Terrain, in Zinsen berechnet, sich erheblich niedriger im Preis gestellt habe, beschloß die Kommission einstimmig, den Magistratsantrag zu befürworten, nachdem in dem Kontraktentwurf einige Aenderungen in Vorschlag gebracht sind, dahin gehend: 1) daß die Gesellschaft einen Zufuhrweg in einer Breite anzulegen hat, der es gestattet, daß zwei Wagen einander auf demselben ausbiegen können, und 2) daß der von der Gesellschaft anzulegende Stichkanal sowie die Bollwerksanlagen auf dem Grundstück nach Ablauf der fünfundzwanzigjährigen Pachtzeit, falls die Verpachtung dann nicht erneuert wird, als unentgeltliches Eigenthum der Stadt zufällt. Inzwischen ist von den Firmen Alb. de la Barre u. Co., Friedemann u. Müller, Borchardt u. Laue, Leopold Dummer, August Krieger und Geiger u. Hering unterm 4. d. M. eine Eingabe an die Stadtverordneten-Versammlung gelangt, worin diese am Petroleumhandel Stettins stark betheiligten Firmen ihre Ansicht übereinstimmend dahin aussprechen, daß die projektirte Tank-Anlage als zur Förderung der Handelsverkehrs- und sonstigen Erwerbs-Interessen Stettins geeignet nicht anzusehen sei, da der bisherige schwunghafte Handel mit amerikanischem Petroleum, dessen Import hier im Jahre 1887 ca. 345,000 Faß betrug, wesentlich leiden und damit auch zahlreichen hiesigen Gewerbetreibenden der bisherige Verdienst genommen würde, weiter würden die bisher gezahlten Hafengelder der einkommenden Petroleumschiffe, welche eine äußerst stark ins Gewicht fallende Einnahme für die Kommune bilden, sehr geschmälert werden und auch der mit dem Petroleumhandel in ursächlichem Zusammenhang stehende Verkehr großer für den transatlantischen Handel geeigneter Segelschiffe im hiesigen Hafen fortfallen und damit auch der Export von Massenartikeln (Zement, Lumpen, Eisen 2c.) im Gesammtquantum von 100,000 Tons jährlich, welcher bisher durch die Petroleum-Segelschiffe befördert wurde. Endlich aber geschähe die Tank-Anlage auf Kosten zweier hier bestehender Petroleumlager-Etablissements, welche mit Recht die städtischen Behörden noch vor nicht ganz 5 Jahren gelegentlich der Gründung des Fock'schen Hofes als dem Bedürfniß des Stettiner Petroleumhandels völlig genügend bezeichnet hätten und welche jetzt eine Anzahl Beamte und Arbeiter beschäftigten. Die Naphta Gesellschaft dagegen verspreche mit ihrem Projekt dafür in keiner Weise dem Stettiner Platz angemessenen Ersatz zu schaffen. Das eigentlich internationale Unternehmen trete direkt gegen den hiesigen Petroumhandel in Konkurrenz, der Betrieb desselben werde meist mit Maschinen geregelt und gebe daher den hiesigen Arbeitern und Gewerbetreibenden keine Beschäftigung; auch durch die hier einlaufenden Dampfer der Gesellschaft würde den auf dem Schiffsverkehr angewiesenen Gewerbetreibenden kein Ersatz geboten für das Ausbleiben der großen Segelschiffe, die Stadt erhalte keine nennenswerthen Hafen- und Schifffahrts-Abgaben, die Tank-Dampfer seien als Ausverfrachtungs-Gelegenheit für andere Artikel nicht brauchbar u. A. m. Insbesondere wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die projektirte Anlage überhaupt nicht bestimmt sei, dem Handel Stettins zu dienen, sondern daß dieselbe nur eine Durchgangs-Station bilden solle, also eine Einrichtung, welche unter Umgehung der Stettiner Handelsbeziehungen zum Nachtheile der letzteren mit ihnen in Konkurrenz treten solle. Schließlich betonen die sechs genannten Firmen, daß dieselben, als am Petroleumhandel Stettins selbst betheiligt, sich mit dem Gutachten der Herren Vorsteher der Kaufmannschaft nicht einverstanden erklären können. — Außerdem ist gestern noch eine ausführliche Darlegung der Petroleum-Verhältnisse am hiesigen Ort eingegangen, welche schließlich gleichfalls zu dem Schluß führt, daß die projektirte Anlage nicht im Interesse des Stettiner Handels liege, sondern demselben direkt Konkurrenz mache.

Namens der Kommission referirte gestern Herr Hofrichter und hob derselbe hervor, daß den Berathungen der Kommission auf besondere Einladung die Herren Baurath Kruhl, Stadtrath Dräger und Dr. Dohrn, Letzterer als Dezernent der Oekonomie-Deputation, beiwohnten. Die Kommission habe ihren Berathungen 4 Fragen zu Grunde gelegt: 1) ob die projektirte Anlage dem Stettiner Handel Vortheil oder Schaden bringe, 2) ob die offerirte Pachtsumme eine angemessene, 3) ob und in wie weit eine Abänderung der Pachtbedingung nöthig wird und 4) ob durch die Anlage dem projektirten Dunzig-Parnitz Kanal Nachtheile erwachsen würden. Alle diese Fragen sind von der Kommission zu Gunsten des Projektes beantwortet worden und hat dieselbe der Vorlage des Magistrats im ganzen Umfange zugestimmt und nur die oben angegebenen Aenderungen des Kontraktentwurfs vorgeschlagen. Der Referent ist der Ansicht, daß durch die inzwischen eingegangenen Eingaben gegen das Projekt die Beschlüsse der Kommission in keiner Weise eine Aenderung erfahren haben würden, denn die in den Eingaben geltend gemachten Bedenken seien auch bei den Berathungen der Kommission bereits berücksichtigt worden, nach Ansicht der Kommission seien dieselben jedoch nicht so erheblich, um die durch die Anlage der Stadt erwachsenden Vortheile aufzuwiegen. Der Referent bittet deshalb, der Vorlage des Magistrats mit den von der Kommission vorgeschlagenen Aenderungen des Kontrakt-Entwurfs zuzustimmen.

Herr Graßmann muß sowohl der Ansicht der Vorsteher der Kaufmannschaft, wie der Kommission entgegentreten. Er hätte es für Pflicht der Vorsteher der Kaufmannschaft gehalten, daß dieselbe vor Abgabe ihres Gutachtens auch die Meinung der Hauptinteressenten, der hiesigen Petroleumhändler, eingeholt hätten. Es handele sich wesentlich um eine russische Gesellschaft, welche hier eine Niederlage einrichten wolle, um ihr Petroleum absetzen zu können. Daß diese Gesellschaft ein wesentliches Interesse daran habe, gerade Stettin zu einer solchen Niederlage auszuersehen, sei klar, da sich unsere Stadt zu einem Hauptpunkt des Handels mit amerikanischem Petroleum aufgeschwungen habe. An eine Herabsetzung der Preise denke sie nicht, wie sie selbst in ihren Prospekten ausgesprochen habe. — Es sei auch nicht richtig, daß der offerirte Pachtzins ein angemessener sei, die Stadt habe s. Z. für das Haber'sche Grundstück einen Kaufpreis von 240,000 Mark bezahlt bei verhältnißmäßig sehr geringer Wasserfront an der Oder, jetzt solle ein weit besser gelegenes, mit großer Wasserfront versehenes Grundstück auf 25 Jahr für 3000 Mk. jährliche Pacht fortgegeben werden. Wenn also auf einer Seite Tausende fortgegeben werden, um Wasserfront zu erhalten, werde auf der anderen Seite Grundstücke mit Wasserfront ganz billig fortgegeben werden. Es sei auch kein Zweifel, daß der Stadt Steuern verloren gehen, da der Verdienst einer Menge von Arbeitern und Gewerbetreibenden zurückginge, die Ausfälle an Steuern würden größer sein, als die jährlich gezahlte Pacht von 3000 Mark. Es würden dann andere Steuerzahler wieder geschröpft werden, um die erforderlichen hohen Ausgaben der Stadt zu bestreiten. Redner bittet, der Verpachtung nicht unter 6000 Mark jährlicher Pacht zuzustimmen.

Herr Kommerzienrath Wächter tritt für die Vorlage ein.

Herr Rademacher beantragt, daß neben der Pacht von 3000 Mark noch eine Bollwerks-Abgabe von $1\frac{1}{2}$ Pf. pro Zentner erhoben werden solle.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage des Magistrats mit den Anträgen der Kommission angenommen.

Zum Mitgliede der 29. Armen-Kommission wurde Herr Bäckermeister Fleiß gewählt.

Wie wir bereits mitgetheilt, haben die Vorsteher der Kaufmannschaft unterm 15. Dezember an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, worin sie unter Beziehung auf die Bekanntmachung über die vom Magistrat beabsichtigte Parzellirung der städtischen Lagerplätze am Dunzig zwischen der Gebr. Friedmann'schen Spritfabrik und dem Fock'schen Petroleumhofe im Interesse des Handels dem Magistrat empfehlen, die Verfügung über diese Fläche nicht eher aus der Hand zu geben, als bis die Frage des Baues des Dunzig Parnitz-Kanals endgültig entschieden sei. Inzwischen hat gestern Vormittag Termin zum Verkauf von 3 dieser Lagerplätze stattgefunden, nämlich: Nr. 1 von 3720 Quadratmeter, Nr. 2 von 2010 und Nr. 3 von 2059 Quadratmeter Größe. Meistbietende blieben für Baustelle Nr. 1 Herr Böttcher mit 12 Mark 50 Pf. und für Baustelle Nr. 2 und 3 die Speditionsfirma Wieler u. Hardtmann mit 12 Mark 60 Pf. für den Quadratmeter.

Die Versammlung nimmt Kenntniß von dem Schreiben der Vorsteher der Kaufmannschaft und da die Zuschlags-Ertheilung über die gestrigen Verkäufe in nächster Sitzung erfolgt, wurde dem Vorschlage des Bureaus gemäß die Vorberathung über die Zuschlags-Ertheilung der Kommission überwiesen, welche auch die Vorberathungen über die Terrainverpachtung an die Naphta-Gesellschaft geführt hat.

Der vom Magistrat vorgeschlagenen Herstellung einer Fernsprech-Einrichtung für das Rathhaus, das Feuerwehrgebäude, das Krankenhaus, das Armenhaus und das Polizei-Direktions-Gebäude wird ohne Debatte zugestimmt und die erforderlichen Kosten werden mit 5500 Mark bewilligt. Die Hauptstation dieser Fernsprechleitung soll im Feuerwehrgebäude hergestellt werden, weil dort Tag und Nacht ein Mann zur Bedienung des Apparates anwesend ist.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sind ohne weiteres Interesse und werden den Vorlagen gemäß erledigt.

— Die Nachricht, daß Frl. Lola Beeth, der Stern der Berliner Hofoper, heute, Freitag, im Stadttheater die Marie im „Trompeter von Säkkingen" singt, wird von allen Theaterfreunden mit größtem Jubel begrüßt werden. Das Gastspiel der gefeierten Künstlerin wird auch an diesem Abende das Theater bis auf den letzten Platz füllen, und werden ihr die Huldigungen des kunstsinnigen Publikums entgegengebracht werden. Morgen, Sonnabend, wird „Othello" als volksthümliche Vorstellung gegeben.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Nochmaliges Gastspiel der königl. preuß. Hofopernsängerin Frl. Lola Beeth. „Der Trompeter von Säkkingen." — Bellevuetheater: Zu halben Preisen (Parquet 50 Pf.). „Die blaue Grotte."

Vermischte Nachrichten.

Madrid. Von hier wird der „W. A. Z." geschrieben: Unter den Geschenken, welche König Alfonso zum Jahreswechsel bekam, befand sich eine große Kiste aus der Havanna, gefüllt mit den allerköstlichsten Zigarren. Man dachte anfangs, es sei dies eine gelungene Imitation aus Chokolade oder einer anderen süßen Masse, sah aber bald, daß es thatsächlich Zigarren wären. Ein Schreiben des Spenders, der ein spanischer Millionär ist und in der Havanna lebt, erklärte das seltsame Geschenk. Der genannte Herr schreibt: „Die Kiste ist vollgefüllt mit einem Kraut, wie es nur einmal in 15 bis 20 Jahren geräth; man soll daher der Majestät die Zigarren aufbewahren, damit Alfonso XIII. seiner Zeit bei den ersten Rauchversuchen nicht unter schlechten Zigarren zu leiden habe." Die Königin-Regentin hat Veranlassung getroffen, daß das werthvolle Geschenk an einem trockenen Orte aufbewahrt werde, und dem Spender ihren Dank ausdrücken lassen.

— (Das Weihnachtsgeschenk eines italienischen Blattes.) Ein seltenes Fest wurde am Weihnachtsabend in den Räumen des Mailänder „Secolo" gefeiert. Der Besitzer des genannten in 150,000 Exemplaren in ganz Italien verbreiteten radikalen Soldo-Blattes hatte die sämmtlichen armen Kinder der Stadt Mailand zur Bescheerung in sein Haus geladen. Nicht weniger als 14,500 arme Kinder wurden der Reihe nach mit 30,000 Gaben, Spielwaaren 2c. und mit Konfekt und Orangen im Gesammtgewicht von 15 Zentnern geschenkt. Während der Bescheerung brach in Folge des Gedränges eine Panik aus, einige Kinder wurden zu Boden geworfen, Alles flüchtete schreiend den Thüren der Säle zu; dem radikalen Abgeordneten Cavalotti, der mit dem Besitzer des „Secolo" die Honneurs machte, gelang es aber, die Ruhe wieder herzustellen. Der Besitzer des „Secolo", Sozogno, ist durch seine Wohlthätigkeit allenthalben weit bekannt; derselbe hat auch erst vor kurzer Zeit aus seinen Privatmitteln in Rom eine großartige Nachtherberge für Obdachlose nach englischem Muster gegründet.

— (Beim Diner.) Der neuerdings beim Diner unentbehrlich gewordene Afrikareisende hat das Wort. „Dort unten am Aequator hat man gewöhnlich hundert Diener zu seiner Verfügung. Ich selbst hatte deren allerdings nur sechzig, und das war wenig, da ich zum Grogmachen allein vier brauchte." — „Vier Diener für einen Grog?" — „Natürlich! Einer machte das Wasser heiß, der zweite gab den Zucker, der dritte den Rum hinein und der vierte trank ihn; denn ich selber trinke keinen Grog."

Wasserstands-Bericht.

Stettin, 5. Januar. Im Hafen 0,42 Meter, im Revier 17 Fuß 9 Zoll. Wind: SO. — Posen, 4. Januar. Warthe: 0,52 Meter. — Breslau, 4. Januar. Oberpegel 4,36 Meter, Mittelpegel 2,97 Meter, Unterpegel 0,50 Meter unter Null.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.